

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 6/15

08.05.2015



Gedenkveranstaltung zum 8. Mai 1945 © Deutscher Bundestag/ Achim Melde

Bund plant Steuerentlastung ab 2016

Gute Nachrichten für die deutschen Steuerzahler: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kündigte gestern an, Bürgerinnen und Bürger ab 2016 um 1,5 Milliarden Euro zu entlasten. Grund dafür sind die hohen Steuereinnahmen aufgrund der sehr guten wirtschaftlichen Lage. Bund, Länder und Kommunen werden 2015 voraussichtlich 6,3 Milliarden Euro mehr an Steuern einnehmen als erwartet. Das ergab die Steuerschätzung des zuständigen Arbeitskreises, dem Vertreter von Bund und Ländern sowie Experten von Bundesbank und Wissenschaft angehören. „Ich schlage der Koalition vor, das Problem der kalten Progression jetzt zu lösen“, sagte Wolfgang Schäuble. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralf Brinkhaus, sprach sich für den Abbau der kalten Progression aus. Die Mehreinnahmen sollten „für Investitionen und gezielte Entlastungen“ genutzt werden. Priorität bleibe jedoch die Haushaltskonsolidierung, sagte der Haushaltspolitiker. Die Koalition hatte bereits angekündigt, noch in dieser Legislaturperiode gegen die kalte Progression vorzugehen. Der Begriff „kalte Progression“ bezeichnet den Effekt, dass bei Einkommenserhöhungen wegen des Zusammenspiels von Inflation und progressivem Steuertarif am Ende der Steuerzahler übermäßig belastet wird.

Gedenken an den 8. Mai 1945

In einem gemeinsamen Festakt haben heute Bundestag und Bundesrat des Endes des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Diktatur gedacht. Der Historiker Prof. Heinrich-August Winkler betonte, wie wichtig die Erinnerung an diese historischen Ereignisse sei. Daraus erwachse die Verpflichtung, die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen zu achten, sagte der 76-Jährige unter Beifall im gesamten Haus. Bundesratspräsident Volker Bouffier (CDU) schloss sich mit dem Aufruf an, in Deutschland keinen Platz für Menschen einzuräumen, welche die Demokratie bekämpfen und Menschenrechte missachten. „Das gilt für alle Extremisten, denen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen treten“, sagte der hessische Ministerpräsident.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Der Polizei in Hessen ist ein großer Ermittlungserfolg gelungen. Ein offenbar geplanter Bombenanschlag auf das traditionelle Radrennen in Frankfurt konnte vereitelt und ein vermutlich radikal-islamistisches Paar festgenommen werden.

Der Vorfall zeigt, dass wir alle gefragt sind, wenn es um unsere Sicherheit geht. Aufmerksame Baumarktmitarbeiter hatten die Polizei über den Ankauf der chemischen Produkte informiert. Unsere Sicherheitsbehörden haben dann die Tatverdächtigen, die unter falschen Namen vorgingen, ermittelt. Die Polizeibehörden in Bund und Ländern leisten gute Arbeit. Aber auch die Arbeit der Nachrichtendienste trägt ganz wesentlich zu unserer Sicherheit in Deutschland bei.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten ist wichtig, um uns und unser Leben in Freiheit und Sicherheit zu schützen. Durch die Kooperation der Nachrichtendienste wurden zum Beispiel die Attentate der Sauerlandgruppe und 19 geplante Anschläge auf Angehörige der Bundeswehr in Afghanistan seit 2011 verhindert. Das muss bei allen Diskussionen um die Vorwürfe, die nun dem BND gemacht werden, auch klar gesagt werden.

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Bundeskanzleramt: Hier treffen sich Vertreter von Bundesregierung und Bundesländern am 8. Mai zu Gesprächen über Asyl- und Flüchtlingsfragen © Manfred Brückels/ Wikimedia Commons

CDU/CSU-Politiker zum Flüchtlingsgipfel

Am 8. Mai treffen sich Vertreter der Bundesregierung und der Bundesländer zu Gesprächen über Asyl- und Flüchtlingsfragen im Bundeskanzleramt. In Vorbereitung auf diesen Flüchtlingsgipfel hat sich auch die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Matthias Hauer MdB angehört, positioniert: Die Kommunalpolitiker begrüßen die Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund. So entlastet der Bund u.a. die Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 um jeweils 500 Millionen Euro bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Die Kommunalpolitiker stellen zudem fest, dass die Bearbeitungsdauer bei Asylverfahren für Bewerber aus dem Kosovo reduziert werden konnte. Eine Bearbeitungsdauer von drei Monaten bleibt weiterhin das Ziel. Die Politiker fordern, weitere Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten zu erklären – um hier die Verfahren zu verkürzen und die Kapazitäten für Menschen zu nutzen, die in ihren Heimatländern tatsächlich verfolgt und bedroht sind. Die Bundesländer werden aufgefordert, die Mittel vom Bund zu 100 Prozent an die Kommunen weiterzuleiten und diesen die Kosten für Unterbringung, Integration und gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge vollständig zu erstatten.

Hintergrund

Bund unterstützt Kommunen

Im vergangenen Jahr hat der Deutsche Bundestag mehrfach auf die wachsenden Herausforderungen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern reagiert und Länder sowie Kommunen entlastet:

- Im November 2014 wurden Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsländer eingestuft. Damit können Asylverfahren für Antragsteller aus diesen Ländern verkürzt werden.
- Der Bund entlastet die Kommunen 2015 und 2016 bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern um jeweils 500 Millionen Euro/Jahr.
- Der Bund überlässt eigene Immobilien mietzinsfrei für die Unterbringung von Asylbewerbern. Das ergibt eine jährliche Entlastung von 25 Millionen Euro.
- Der Bund übernimmt die Kosten der Grundsicherung für Asylbewerber mit humanitärem Aufenthaltstitel, die länger als 18 Monate in Deutschland leben. Das ist eine Entlastung von 31 Millionen Euro im Jahr 2015 und ca. 43 Millionen Euro in 2016.



Die Altendorfer Schülerinnen und Schüler vor ihrem Gespräch mit Matthias Hauer MdB im Paul-Löbe-Haus © Deutscher Bundestag

Altendorfer Schüler in Berlin

Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 und 10 der Möllhovenschule (Standort Altendorf) waren im Mai bei Matthias Hauer MdB in Berlin zu Gast. Nach einer Führung durch das Reichstagsgebäude hatten die Neunt- und Zehntklässler Zeit, ihrem Bundestagsabgeordneten Fragen zu stellen und mehr über den politischen Alltag zu erfahren. „Die Diskussion hat mir viel Spaß gemacht“, berichtete Matthias Hauer. „Die Schülerinnen und Schüler hatten viele Fragen zur Arbeit eines Politikers, zu meiner persönlichen Berufswahl und auch konkret zu Entwicklungen in ihrem Stadtteil.“ Die Altendorfer Jugendlichen beteiligten sich aktiv an der Diskussion. „Ich fand es sehr interessant zu erfahren, wofür sich Herr Hauer einsetzt“, kommentierte der 16-jährige Schüler Daniel Siebert das Gespräch.

Essen



Grundgesetzaktion gegen Salafismus

Gemeinsam mit dem Essener CDU-Vorsitzenden Franz-Josef Britz und weiteren aktiven CDU-Mitgliedern hat Matthias Hauer MdB am 25. April erneut Grundgesetze in der Essener Innenstadt verteilt – dieses Mal direkt neben dem Infostand der Salafisten. Die Aktion soll nicht nur auf die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern auch auf die Gefahren des Salafismus hinweisen. Der Salafismus ist eine besonders radikale Form des Islamismus. „Wir werden weiterhin die Menschen in Essen über die Gefahren des Salafismus informieren und müssen jegliche Extremisten mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent bekämpfen“, sagte Matthias Hauer.

KAS-Stipendiaten und Essener Schüler im Gespräch mit Matthias Hauer



Matthias Hauer MdB mit Schülerinnen und Schülern des Grashof-Gymnasiums (oben) und der Goetheschule (unten)



Aktuelle politische Fragen und die deutsche Außen-, Energie- und Wirtschaftspolitik: Diese Themen hat Matthias Hauer MdB im April mit Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Uni Duisburg-Essen (Bild oben) sowie an zwei weiteren Terminen mit Schülerinnen und Schülern in Bredene (li.) diskutiert. Die Kurse Sozialwissenschaften der 11. Jahrgangsstufe am Grashof-Gymnasium und an der Goetheschule hatten Matthias Hauer im Januar bereits in Berlin besucht.

DGB-Maikundgebung: Matthias Hauer am CDA-Infostand zum 1. Mai



Auch in diesem Jahr war die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) Essen mit einem Info-Stand zum 1. Mai in der Essener Innenstadt vertreten. Neben OB-Kandidat Thomas Kufen MdL und CDA-Chef Dieter Landskrone unterstützte auch Matthias Hauer MdB die Sozialausschüsse der CDU bei der Aktion und sprach mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Am Vortag nahm Matthias Hauer gemeinsam mit zahlreichen CDU- und CDA-Vertretern am Arbeitnehmerempfang der Stadt Essen teil.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://www.facebook.com/matthiashauer.cdu)

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

